

Zum Parteitag des Zentrums.

Das ganze Volk soll die Frucht der Arbeit genießen, das ist Gottes Wille.
Reichsminister Marx.

Der Parteitag des Zentrums ist am Sonntag im Herrenhaus Berlin eröffnet worden. Anwesend waren ungefähr 300 Delegierte und einige österreichische Abgeordnete. Auf der Ministerbank saßen im Teil der einstigen und heutigen Staatslenker. Den Vorsitz führte der Abgeordnete Siegel, der in seinem einleitenden Referat darauf hinwies, daß der Parteitag des Zentrums ein Wahlkampf sein soll. Man hat auch ohnedies den Eindruck, daß der ganze Parteitag einen rein wahlkampfartigen Charakter trägt.

Das Hauptreferat hielt der Reichsminister Marx. Wir müssen einzelne Stellen seines Referats behandeln, um erstens den Sinn der Zentrumspolitik zu charakterisieren, und zweitens, um den Zentrumsarbeitern den Unterschied zwischen Wort und Tat ihrer Partei zu zeigen.

Seit dem Novemberzusammenbruch 1918 bis zum heutigen Tage verläuft die politische und wirtschaftliche Entwicklung in einer Linie. Die Parteien der Weimarer Verfassung haben systematisch der Reaktion das Feld überlassen und aus der Weimarer Verfassung ist der Schutzwall der schwarz-weiß-roten Halbescheide, der Schwerkriegsindustrie geworden. Reichsminister Marx sagte in seiner Rede ein offenes Wort, indem er die Politik und die Haltung des Zentrums von jeher als konservativ bezeichnete, und indem er betonte, daß die konservative Politik des Zentrums die Stärke des Zentrums ausmacht.

Politisch und wirtschaftlich hat sich die Situation seit dem Jahre 1918 bis heute grundlegend verändert. Waren im Jahre 1919 die Deutschnationalen äußerlich in den Hintergrund gedrängt, so sind sie heute im politischen Leben ein Faktor geworden, ohne den die Republik nicht mehr existieren kann. Es ist charakteristisch für das Zentrum, wie es sich als konservative Partei mit diesem veränderten Aufbau der Republik abfindet. Der Reichsminister Marx sprach folgende Worte, die nicht nur dem Zentrumsmitglied, sondern auch den Zentrumsarbeitern, die eifrig glauben, daß nur die Republik der Boden für die wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiter sei.

Wir verlangen von jedem Zentrumsanhänger, daß er sich auf den Boden der Verfassung stellt. Damit aber dürfen wir nicht einen gewissen Grund ausüben. Wenn jemand die Monarchie als die bessere Staatsform ansieht, so darf er deshalb nicht als geringerer Zentrumsmitglied angesehen werden.

Diese Worte wurden ergänzt durch den Reichsminister a. D. Fehrenbach: „Wir distanzieren niemand unsere Auffassung über die theoretische Wertung von Monarchie und Republik. Wir überlassen die Stellung jedem einzelnen.“

Was dem Zentrum recht ist, ist sicher den Deutschnationalen billig, und wenn das Zentrum als Partei sich um die Entscheidung, Republik oder Monarchie, brüht, und diese Entscheidung jedem einzelnen überläßt, so können wir deutlich erkennen, daß diese starke Säule der Republik nichts weiter ist als ein Beitrag zu Gunsten der Deutschnationalen und schwerindustriellen Kapitalisten und zu Lasten der deutschen Arbeiterschaft, die täglich mehr dem Elend verfällt.

Unsere Auffassung über das Zentrum als Arbeiterpartei wird verankert durch den Ausspruch des Reichsministers Marx:

„Wir dürfen nicht grundsätzlich das politische Zusammengehen mit Rechtsgerichten verweigern.“

Das bedeutet, daß das Zentrum die Zentrumsarbeitern durch eine Koalitionspolitik mit den Deutschnationalen in das Joch der Deutschnationalen einspannen will. Die Zentrumsarbeitern haben sich also gründlich den Kurs ihrer Partei anzusehen.

Reichsminister Marx sprach in erster Linie über Zukunftsprobleme. Er betonte, daß der Achtstundentag auf lange Zeit (!) abgeschafft werden muß, um die Erträge unserer Wirtschaft zu vermehren.

„Einen sechsstündigen Achtstundentag werden wir nicht mehr einführen können.“

Das heißt also, das Zentrum hat den Achtstundentag grundsätzlich für jetzt und für später abgelehnt.

Reichsminister Marx führte weiter, weil er der authentische Vertreter des Zentrums ist, und weil man an seinen Reden den Kurs des Zentrums am besten sehen kann.

Wenn wir von dem Besitz Pflichten und Bindungen verlangen, so verlangen wir das gleiche auch von der Arbeiterschaft.

Die Zentrumsarbeitern haben schon an ihrer jüngsten Erfahrung den Doppelsinn des Zentrums kennen gelernt. Wenn man bisher von Pflichten und Bindungen reden wollte, so nur von den Pflichten und Bindungen der Arbeiterschaft. Die Arbeiter, Zyniker, Söldner und andere Schwerindustriellen. Angehörige der Zentrumsarbeitern, haben keine Pflichten und Bindungen gegenüber dem Volksganzen erfüllt. In Zukunft werden sie es erst recht nicht, denn der Gang der Dinge hat sich zu Gunsten der Schwerindustriellen und Junker noch mehr verschoben. Die heute schon einseitig getragenen Lasten werden in Zukunft noch stärker der deutschen Arbeiterschaft aufgebürdet werden.

Der antenationalistische Teil der Rede des Reichsministers hatte keine prinzipielle Bedeutung, denn er war nur mit schönen Phrasen umhüllt.

Nach Gottes Willen ist es Aufgabe der Völker und Nationen, im gegenseitigen Zusammenwirken sich gegenseitig etwas zu geben und so die Wohlfahrt der Völker zu fördern.

Die Kriegsverluste der Völker und Nationen verleiern gewiß nicht den Willen Gottes, und die Konflikte kolonialpolitischer und rein wirtschaftlicher Natur ergeben kein Zusammenwirken, sondern eine schärfere Trennung der Völker. Durch das Geschehen der Völker, für das sich das Zentrum so warm einsetzt, werden die Konflikte der Völker verschärft, denn schon heute macht sich der Druck nach der Herrschaft eines Staates über den anderen in verschärfter Maße bemerkbar. Die Außenpolitik des Zentrums wird ihren Schicksal am dem Untergang der kapitalistischen Staaten erleben, ihre Kampferwartungen miteinander in Einklang zu bringen.

Innerpolitisch weitere Verschärfung der Konflikte zwischen der Politik des Zentrums.

Die Sozialdemokraten für Kornzölle.

Denkt daran: Bürgerblut ist Brotwucher. Schutzholl nicht nur den Reichen. Maßlose Zerstörung aller Lebensmittel, Lohnbrud, wachsende Arbeitslosigkeit, verlängerte Arbeitszeit sind seine Folgen.

So ruft mit Recht die Wahlproklamation der Sozialdemokraten. Aber die Sozialdemokratie, die den Kampf gegen den Kornzoll, gegen den Bürgerblut auf ihre Fahnen geschrieben hat, ist selbst für den Kornzoll, für den Bürgerblut.

Die Sozialdemokratie hat noch kurz vor der Auflösung des Reichstages sich bereit erklärt, an einer Regierung mit den Deutschnationalen teilzunehmen. Sie ist für die Regierung des Bürgerbluts gewesen. Die Sozialdemokratie hat das Dames-Gutachten verworfen, das Lohnbrud und Zwölftstundenfron, zugleich mit Massenarbeitslosigkeit, bedeutet.

Die Sozialdemokratie bringt es fertig, in demselben „Vorwärts“, in dem sie ihren Wahlauftritt abdruckt, sich ausdrücklich für die Kornzölle zu erklären. Denn das Ziel der Sozialdemokratie ist: Regierungsgewalt in der Hand der Großen Koalition zu emblemen. Dazu aber muß sie für die Kornzölle sich erklären.

Keine „Kornzölle“, aber „Verhandlungszölle“, ist ihre Parole. Als ob ein Unterschied bestünde zwischen Kornzölle, Hochschutzzölle auf Korn und Handelsvertragszölle auf Korn. Im „Vorwärts“, in dem der Wahlauftritt prangt, ist in der Beilage zu lesen:

„Deutschland braucht Zölle, deren Abbau bei einem Abschluß günstiger Handelsverträge es als Konzession anbieten kann... Das Wesen solcher Zölle ist sich selbst überflüssig zu machen.“

Das ist schon Wahlpropaganda für die ganz Dummen. Der sozialdemokratische Arbeiter, der von dem heroischen „Kampf“ seiner Partei und seiner Reichstagsfraktion gegen die Wucherzölle auf Korn liest, fragt: Warum denn erst Zölle bewilligen, wenn man sie nachher doch abbauen und überflüssig machen will. Da ist es doch richtiger, sie gleich abzulehnen.

Worauf ihm seine Parteidiplomaten Wels und Hermann Müller mit weichen an die Nase gelegten Fingern antworten: „Das verstehst du nicht; das ist eben die höhere Regierungsluft. Wir brauchen die Zölle, um uns in die Regierung hineinzuschwindeln. Wenn wir erst in der Regierung drin sind, dann, ja dann werden wir für den Sozialismus kämpfen, für den Ebert ja schon seit fünf Jahren mit Belagerungszustand und Ausnahmezustand kämpft.“

Für die Sozialdemokratie ist es charakteristisch, daß sie durch ihren Hösling ein Begrüßungstelegramm zum Parteitag des Zentrums geschickt hat.

Die kommunistische Partei hat die Lage der deutschen Arbeiterschaft auf das genaueste studiert. Die Arbeiter des Zentrums haben durch die Ausbeutung von Seiten der Unternehmer genau so zu leiden wie die übrigen Arbeiter. Allein die SPD. hat sich nicht dem Unternehmertum verschrieben. Sie zeigt als einzige Arbeiterpartei den Massen den Weg aus dem Elend.

Es gilt also, am 7. Dezember durch Stimmabgabe für die SPD. den Willen für die Besserung der Lage der deutschen Arbeiterschaft zu demonstrieren.

Warum Kommunistenverfolgungen?

Die Kommunistenverfolgung ist selbstverständlich nur eine Angelegenheit der Politik und keine Angelegenheit des Rechts. Die Hinweise auf aufgestöberte Passsicherungsakten — die Münchener Polizei hat falsche Pässe ausgegeben, ohne daß sich ein Strafrieter darum bekümmerte —, auf entdeckte Geheimbünde — der Staatsgerichtshof ist eben dabei, den Verhörsakten der Organisation Consul nationales Heldentum zu beschreiben — sind nur Vorwände, die man doch schließlich zur Begründung der Aktionen braucht. Bei dem eingeleiteten Unterdrückungssektang handelt es sich wie ehedem bei dem Sozialistengesetz nicht um „Recht“ oder „Unrecht“, sondern nur um geschickte oder ungeschickte Politik.

(Sach. Artikel im sozialdemokratischen „Vorwärts“ vom 2. Oktober.)

Deutschlands Verdrängung vom Weltmarkt.

Während Deutschlands wirtschaftlicher Aufstieg immer verdrängter wird — auf dem geduldeten Papier der Zeitungen, lesen wir in den amtlichen Statistiken ganz andere Zahlen. Nach den amtlichen Zahlen über den Handelsverkehr zwischen Frankreich und Deutschland im ersten Halbjahr 1924 ist die Einfuhr Deutschlands nach Frankreich in einem Jahr:

von 588 auf 261 Millionen Goldfranken zurückgegangen.

Die französische Einfuhr nach Deutschland hingegen ist nur unmerklich gesunken, nämlich von 622 auf 569 Millionen Goldfranken. Das heißt: Deutschland führt mehr als das Doppelte ein als es ausführt, denn Frankreich wird es nicht anders sein als in England und den anderen Staaten. Die Verdrängung Deutschlands, kein Ausverkauf in das Ausland muß demzufolge ständig größer werden.

Sozialdemokraten für Blockade Sowjetrusslands.

Brüssel. Banderbelle verhandelt in Paris mit Kerenski und Schard, dem französischen Sozialminister, über die Blockade. Banderbelle schlägt vor, gegen England eine Blockade auszusprechen, damit England die Einfuhr von Getreide nicht verhindern kann.

Die antenationalistische Arbeiterpartei in Melbourne beschloß, auf einer internationalen Konferenz nach englischen Vorbild, den Kommunisten die Aufgabe in die Partei zu verweigern.

Es ist so in der Tat. Die Sozialdemokratie ist für die Kornzölle trotz alles ihres Geschwies gegen den „Unterwucher“. Schon vor zwei Monaten hat ihr Max Cohen in einem Artikel in den „Sozialistischen Monatsheften“ ohne Widerspruch festgestellt, daß im Ausschuss des Reichswirtschaftsrates sozialdemokratische Gewerkschaftsvertreter für die Schutzholl-Vorlage der Regierung gestimmt haben. Derselbe Max Cohen hat selbst in diesem Artikel sich für die Wucherzölle für Brot eingekauft. Und er ist noch heute Mitglied der Sozialdemokratischen Partei.

Und auch der „Vorwärts“ hat noch vor wenigen Wochen die Haltung der österreichischen Sozialdemokratie als vorbildlich gepriesen, die sich für die gleitenden Schutzholl-Vorlage eingekauft hat und damit für Österreich hat durchsetzen wollen, daß im Interesse der Großagrarier die Getreidepreise von den Weltmarktpreisen auf Kosten der arbeitenden Massen unabhängig gemacht werden.

Das gleiche will heute der „Vorwärts“ durch seine Verträge erreichen. Er schlägt seinen Lesern vor, es sei ein Unterschied zwischen diesen und den Kornzölle der Junker. Nein: Auch die Verträge sind Hochschutzzölle, wie schon die Geschichte der Kornzölle in Deutschland beweist. Schon vor dem Kriege waren die Hochschutzzölle auf Weizen mit 5,50 Mark und Roggen mit 5 Mark Verträgezölle.

Die Handelsverträge sind genau wie die Friedensverträge zwischen den kapitalistischen Staaten Instrumente der imperialistischen Kampfpolitik der mächtigeren Staaten gegen die Schwächeren.

Das Eintreten des „Vorwärts“ für die Verträgezölle ist daher ein Eintreten der Sozialdemokraten für die Hochschutzzölle.

Kein Kleinbauer darf am 7. Dezember einen Sozialdemokraten die Stimme geben. Denn die Wahl vom Sozialdemokraten bedeutet den Zoll auf das tägliche Brot.

Kein Kleinbauer darf am 7. Dezember einen Sozialdemokraten wählen. Denn dessen Wahl bedeutet die Verteuerung des Futtermittels und damit die Verhäufung der Agrarkrise zugunsten der arbeitenden Bauern.

Arbeiter und arbeitende Bauern müssen Marm für Mann Kommunisten wählen, denn die Kommunisten kämpfen für die Nationalisierung des Großgrundbesitzes.

Sie kämpfen dafür, daß die arbeitenden Bauern mehr Land, billige Düngemittel und billige Maschinen bekommen.

Die Kommunisten kämpfen für die Erleichterung aller Werktätigen.

Die Bundesgenossen der SPD.

Die Demokraten.

„Die deutsche demokratische Partei jetzt fördern und stützen, heißt gute wirtschaftliche Unternehmerpolitik treiben.“

(Aus dem Wahmanifest der Demokratischen Partei.)

Das Zentrum.

„Die Frage der Staatsform hat für das Zentrum auch heute noch keine grundsätzliche Bedeutung; es verlangt nicht von seinen Anhängern, daß sie die Republik an sich zu ihrer Herzenssache machen, wohl aber, daß sie die bestehende Staatsgewalt anerkennen und schätzen, auf dem Boden der Verfassung stehen und auf jede revolutionäre Absicht verzichten (!). Auch in dieser Beziehung verhält sich das Zentrum heute noch ebenso wie zur Zeit seiner Gründung. Auch damals wurde ihm schon der Vorwurf gemacht, es zähle Monarchisten und Republikaner in seinen Reihen.“

(„Germania“ vom 14. 10. 1924.)

Kurze Auslandsnachrichten.

Eine Sowjetkommission ist in Brüssel eingetroffen, um mit den belgischen Industriellen zu verhandeln.

Im Moskaukrieg entstand insofern eine Atempause, als der Völkerverbund die Frage gegenwärtig in Brüssel „untersucht“.

Aus der Partei

Die SPD-Bezirksleitung Schlesien zur Steuerfrage.

Die Bezirksleitung der SPD. Schlesien lehnt jede Mitwirkung an der „gerechten“ Verteilung der Lasten des Dawesplanes als Utopie ab. Der Dawesplan ist ein imperialistischer Skandalvertrag. Seine Annahme bedeutet daher naturgemäß eine Belastung der Werktätigen, während ungeleitet seine Ablehnung Sturz und Entgitterung der Bourgeoisie verlangt und zur Beseitigung der Völkerverdrängung und Innenpolitik sind untrennbar miteinander verknüpft.

Die Bezirksleitung billigt den Kampf für konstitutionelle Kapitalistenkassen in der Art der Beschlagnahme des Hohen Zollernvermögens, betont jedoch mit aller Deutlichkeit und Schärfe:

1. daß nur eine Regierung der Diktatur des Proletariats konstitutionelle Steuern von der deutschen Bourgeoisie erheben wird.

2. wir diese Steuern nicht für Befriedigung der Ansprüche des imperialistischen, sondern der deutschen Arbeiterklasse verlangen.

3. kein Steuerprogramm aufgestellt werden darf, das eine Verschärfung unserer Sozialisierungskampagne und ein Hindernis für sie ist.

4. diese Steuerforderungen nicht zum Hauptprogramm unserer Kampfparolen gemacht werden dürfen.

Die Bezirksleitung warnt vor dem erneuten Aufstehen opportunistischer Strömungen, die sich in dem Versuch der Durchführung einer „proletarischen Erfüllungspolitik“ als Brandier, in der Verbesserung der Steuerforderungen in unserem Programm, das in der Gefahr steht, einen „Einzelkampf“ mit SPD zu führen und dem antenationalistischen Kampf abzulenken. Sie verlangt schärfstes Einschreiten gegen alle Fraktionsbildung innerhalb der Partei.

Gewerkschaft

Die SPD. vertagt den Klassenkampf. Konferenz sozialdemokratischer Gewerkschaftsangehöriger

Aus dem Gewerkschaftshaus wird uns geschrieben:
Auf die Veranlassung von Pettschen-Wierlich fand am Montag in Breslau für die mit besonderem Ausweis versehenen Angestellten eine Konferenz statt, in der die Vorbereitungen zur Reichstagswahl besprochen wurden. Neben Dr. Herk aus Berlin nahm an der Konferenz teil: Paul Ebbe, Bismarck von der „Volksmacht“ und der verschlafene Zirkusdirektor Karl Mahe. Wierlich verlangt, daß sämtliche Gewerkschaftsangehörige während der Reichstagswahl ihre Dienste der Partei stellen. Schwebewegungen sollen in dieser Zeit unterbleiben, aber auch für die Zukunft muß bei Schwebewegungen die Wirtschaft und eine neue Inflation durch zu hohe Löhne berücksichtigt werden. Karl Mahe redete, daß ihm der Schaum vor dem Munde stand, die Wölfe im Schafspelz, so nannte er die Kommunisten, müßten aus Schlesien verschwinden. Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten müssen in Zukunft führend in Schlesien sein. Ebbe gab einige Hinweise, wie im Wahlkampf alle Gegensätze zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden zurückgestellt werden müssen, die Hauptsache sei möglichst viel Stimmen. Um diese Weisheit zu hören, mußten auch die kleinen Schreier aus der Provinz herangeführt werden. Stillschweigend hörte man zu, wie die Einheit der Klassen gegner gepredigt wurde, sind die Beiträge, die verwendet werden für die Exzellenz und die Macht, nicht zu schade, um solches anzuhören? Die Auffstellung der Kandidaten wurde auf Einbruch der Parteikonferenz überlassen. Karl Mahe versicherte seinem Freund Wierlich, daß Wierlich trotz aller Bemühungen als Kandidat nicht aufgestellt werden kann, da keiner von den Jubiläumskandidaten verglichen will, aber für die Landtagswahl soll Wierlich berücksichtigt werden, in der Hoffnung, das auch die Arbeitgeber für ihn Stimmen werben. Wierlich muß ein Mandat bekommen, das ist auch der Wunsch seiner Frau, sonst hätte die Revolution keinen Zweck gehabt.

Aus der Provinz

Der Tod an der Arbeitsstätte.

— Zum Tode verunglückte der Betriebsrat, Bergbauer Lorenz, aus Wolpersdorf, auf der Rudolfgrube in Neu- rabe. Ein etwa vier Zentner schwerer Steinloz löste sich aus dem Hangen und begrub den Arbeiter. Der Tod trat auf der Stelle ein. Er hinterläßt eine Witwe mit fünf Kindern, die jeder von der Grubenverwaltung nicht ausreichend unterstützt wird.

— Der Lehrhauer Edward Barfuß, Stüttersbach, verunglückte im Sagenschacht in Waldenburg durch herabfallendes Gestein zu Tode.

— Der Bauarbeiter Scholz aus Altwasser, stürzte bei einem Neubau aus dem zweiten Stock. Er zog sich einen Armbruch und Kopfverletzungen zu.

Waldenburg. Straßenbahnunglück. Am Montag stieß ein Straßenbahnwagen in Altwasser in der Nähe des Gasthofes „am Kreuz“, mit einem Pferdebesitzer zusammen. Zwei Insassen, Koffschläger, erlitten schwere, und ein dritter leichtere Verletzungen. Das Pferd mußte getötet werden.

Oberhermsdorf. Die letzte Gemeindevorstanderversammlung beschäftigte sich hauptsächlich mit den Anträgen der Kommunistischen Fraktion: Straßenbau, Wohnungsbau, schulärztliche Untersuchungen und in diesem Zusammenhang mit Schulpeisung, Schulbad und Regelung der weltlichen Schulangelegenheiten. Die dringliche Unterlegung der Schullinder und Schulpeisung wird der nächsten Vertreterversammlung zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Zugelagt wurde die Hälfte der Straße, 1925 neu zu schütten, und zwar die Straße von Haus Nr. 40 bis 56. Außerdem die notwendige Straßenbeleuchtung zu schaffen. Zugelagt wurde außerdem für das Jahr 1925 der Bau von zwei Häusern, um der Wohnungsnot zu steuern. Bei diesem Bau soll das notwendige Bad für Schullinder berücksichtigt werden.

Verwörter und Revolutionäre

Tagebuchaufzeichnungen von M. Raskowski.
Copyright by Neuer Deutscher Verlag, Berlin.

24) Die Augen pfliffen über unsere Köpfe hinweg, als sie mir noch hastig zuküßte:

„Ich habe dich sehr geliebt, sehr geliebt hab' ich dich, Mischka!“ Dann gingen wir jeder auf seinen Posten.

Die vorderste Barrikade verteidigte Koruta: Le prince Calmus, nannten ihn die Pariser. Als ihm die Munition ausgegangen war, riß er Steine aus dem Pflaster und schleuderte sie auf den Gegner.

Zwischen den Salven brüllte er:

„Schweinehund aus Versailles!“ auf russisch.

Wenn er einen Angriff zurückschlug:

„Thiers swinja!“

Seine Barrikade wurde zweimal erobert, zweimal verteidigte er die Pariskiller wieder und verfolgte sie bis in ihre Stellungen.

Beim drittenmal ging ihm die Kugel ins Herz und er fiel, den Mund offen zum Schrei.

Ich sah auch Mischka sitzen und ruhig schlafen, das eine Bein war ihm zerstreut worden. Zu seinen Füßen lag Koruta mit einer kleinen schwarzen Wunde in der Schläfe. Dann sah ich wie auch er ins Herz getroffen fiel, gerade als er rief: „Mit der Waffe in der Hand, Arbeiter!“

Schließlich fand ich auch sie auf dem Pflaster liegen, ein Bajonett hatte ihr die Brust zerrissen. Sie lag da mit verglasten Augen. Das Rad einer Kanone wollte ihren Leib zerquetschen: bei mir standen etwa zwanzig Genossen, ich rief und warf mich vor. Aber schon war ihr Körper in dem Rad der Kanone hängen geblieben und wurde schredlich zerquetscht. Die Kanone fiel in unsere Hände.

Das war ein letzter Sieg.

Ich wurde verwundet. Wie durch ein Wunder rettete mich eine Arbeiterfamilie.

Zwei alte Leuten pflagten mich zwei Monate hindurch in einem dunklen Keller.

Als ich das Bett endlich verlassen konnte und abfahren sollte, meinten sie: Sie hatten fünf Jahre gehaßt vor den

An die Bergarbeiter des Kreises Waldenburg!

Die Würfel sind gefallen, jetzt kommen die Bergarbeiter endlich wieder in offene Stellung zu den Waldenburger Industriemagnaten. Mit einer vorbildlichen Geschlossenheit haben die Betriebsräte das Ansinnen der Unternehmer abgelehnt. Wir wollen hoffen, daß es so bleibt, denn nur durch sind wir im Verein mit der Organisation imstande, dem Unternehmertum ein Halt in ihrem Vorbringen zu gebieten.

Im September kündigten die hiesigen Unternehmer den Manteltarif für Niederschlesien, und stellten als Forderung: 1. 8 1/2 stündige Arbeitszeit, 2. Auswärtigerreise des Arbeiters in Kern- und Außenrevier, 3. Entrente Kürzung der Ferien, 4. Verderungen der Verbesserungen usw. Das Außenrevier sollte eine 9 stündige Arbeitszeit beinhalten. Man sieht also an den Forderungen, daß die Unternehmer anfangen ziemlich frech zu werden, trotz der Festschlüssen, die sie einlegen.

Die oppositionellen Betriebsräte stellten nun ihrerseits Forderungen auf, reichten sie der Organisation ein, und es kam zu der Konferenz der Betriebsräte, die sich eigentlich mit diesen Forderungen beschäftigen sollte, aber aus einer unverständlichen Einstellung der Bezirksleitung gegenüber den kommunistischen Betriebsräten wurde die Frage der Forderungen nur oberflächlich gestreift, und dazu noch in einem ziemlich geschäftigen Ton. Doch die Konferenz der Betriebsräte am 12. Oktober war ein Fortschritt. Auch zwei sogenannte Flammacher konnten nichts daran ändern. Die Betriebsräte lehnten einstimmig das Ansinnen der Unternehmer ab. Für die Bergarbeiter kam also mit dem 15. Oktober die tariflose Zeit. Nun besagt aber die Arbeitsordnung im § 23, daß die Arbeitszeit die des geltenden Tarifs sei.

Nun, die Bergarbeiter hätten durch das Vorgehen der Unternehmer halb das Glück gehabt, ab 15. Oktober 1924 wieder 7 stündig unter Tage und 8 stündig über Tage zu arbeiten, denn das Mehrarbeitsabkommen ist im Tarif nicht enthalten. Die Arbeitsordnung, also den Arbeitsvertrag zu kündigen und damit 35 000 Arbeiter auf die Straße zu setzen, erschien wohl den Unternehmern als etwas zu plump, deshalb wählten sie als sehr schlaue Strategen, den Weg des Zwangsgerichtsbeschlusses.

Das Zwangsgerichtsgericht stellte sich mit Ausnahme der Organisationsvertreter auf den Boden der bisher erfolgreich geübten Taktik. Was wir heute nicht erreichen, erreichen wir morgen usw. Folgender Spruch wurde gefällt:

werden. In der weltlichen Schulangelegenheit wurde beschlossen, an die zuständigen Regierungsstellen heranzugehen, dem einheitlichen Beschluß der Ob.-Hennsdorfer Vertreter nun Rechnung zu tragen. Der Schulvorstand wurde aufgefordert, sofort diesen Beschluß zu unterstützen. Bemängelt wurde, daß der Schulvorstand überhaupt noch keine Sitzung einberufen hat, obwohl diese sich notwendig macht, da verschiedene schriftlich formulierte Beschwerden vorliegen. Wegen ein von der Regierung verlangtes Schulkommando zum Schutze der Leitungsräte bei Arbeitsniederlegung usw. blieb es natürlich den Bürgerlichen und Sozialdemokraten überlassen, dieses Schulkommando zu stellen. Die Kommunisten wählten sich aus proletarischem Interesse und Gefühl sofort dagegen.

Freiburg. Der Wiederaufbau Deutschlands ist nun auch in Freiburg sichtbar demonstriert worden in Gestalt eines Kriegerdenkmals. Schon lange war der große Moment angekündigt und monatelang schon hatte man eifrig durch Schürren der Gelder für den Bau desselben Klamm gemacht. Sogar einen „Flieger“ verließ unser Lokalblättchen den sensationellsten Zuschauern. Alle bürgerlichen Vereine waren vertreten, ob Turner, Sängere oder sonstige Firmen. Ja auch unser Reichsbanner, das sehr zarte Pflänzchen, hatte schon zustimmenden Beschluß gefaßt, der aber im letzten Moment noch geändert wurde. Die Feier selbst ging im üblichen Rahmen vor sich. Mit Reichswehrkapelle und teutschen Liedern. Wir wollen unseren Lesern die Zeit sparen und nicht genau alle Einzelheiten schildern. Nachdem die Stahlhelmen auf der Friedhofstraße einen Vorbeimarsch mit gefüllten Spazierstöcken absolviert hatten, ging es zum Denkmal, welches verhüllt und zum Zeichen der Demokratie mit schwarz-weiß-roten und schwarz-

Ab 1. November 1924 1/2 Stunde Mehrarbeit ohne Bezahlung. Der bestehende Tarif wird verlängert bis 30. Juni 1925.

Die am 26. Oktober tagende Betriebsräteversammlung beschäftigte sich nun mit diesem Spruch und lehnte ihn einstimmig ab. Außerdem wurde einstimmig beschlossen, und die Organisation beauftragt, ab 1. November die Lohnordnung zu kündigen und neue Lohnforderungen einzureichen. Hier wurde endlich mal ein Schritt unternommen, der einer dringenden Notwendigkeit entsprach, denn die Lebensbedingung der Bergarbeiter schreien geradezu zum Himmel. In diesem Zusammenhang verweisen wir nochmal auf eine alte Forderung der niederschlesischen Bergarbeiter, einen Reichsarbeiterentwurf für Abzug für den gesamten Bergbau zu schaffen und die wöchentliche Lohnabrechnung einzuführen.

Nun Kameraden merkt jetzt auf: der von uns abgelehnte Schiedsspruch geht an das Reichsarbeitsministerium, Zweck: Verbindlichkeitserklärung oder nicht? Ihr könnt daraus erfahren, wer euer Feind ist. Vielleicht macht auch die Regierung im Moment der Wahl Konzessionen, denn sie braucht notwendig Wahlstimmen. Aber aller Wahrscheinlichkeit nach braucht sie das gar nicht, denn euer Einseßen für die besorgten die Parteien mit ihrer Schmutzpresse selbst, die ja noch haufenweise in euren Wohnungen untersteht und gelesen wird.

Die Lohnforderungen sind nun in allen Revieren gesammelt, bereitet euch auf den Kampf vor.

Ferner gelangte ohne Widerspruch eine Resolution zur Annahme, welche das Schreiben des SPD.-Abgeordneten Limberg (Redakteur der Verbandszeitung) im Preussischen Landtage scharf verurteilt.

Resolution.

Die am 26. 10. versammelten Bergarbeiter der Zahlstelle Nieder-Altwasser, protestieren energisch gegen die Reize des Abgeordneten Limberg im Preussischen Landtage. („Vorwärts“ 2. 10. 24.) Sie erblicken in den Ausführungen einer Herabsetzung der niederschlesischen Bergarbeiter in der Öffentlichkeit, und darum weisen dies die Bergarbeiter der obengenannten Zahlstelle auf das schärfste zurück.

Nachdem noch Kamerad Rulle auf die Wichtigkeit der Notizen Hilfe für die politischen Gefangenen hingewiesen hatte, wurde die Versammlung geschlossen.

rot-gelben Fahnen geschmückt war. Herr Pastor Noß hielt eine Rede von echt schwarz-weiß-rotem Geist in der er auch das „Märtyrertum in Holland (Wilhelm des Ausreißers)“ gedachte. In seiner schmähigen Rede war jedes 5. Wort „deutsch“. Die Republikaner standen herum und dachten — ob sie gedacht haben? Auch unser Herr Bürgermeister gab seinen Senf zum besten. Er gedachte der Helden und ihrer Angehörigen in „aufrichtiger Dankbarkeit“. Wir erinnern hierbei an sein Vorgehen gegen den Kriegsbildner Bunnard. Ja diese Herren können alles, immer wie es verlangt wird. Abends fand dann noch ein Reichswehrkonzert statt. — Der große Tag ist vorüber. Steine statt Brot haben die Herrschaften für die Kriegsgesellen. Unser Lokalblättchen bedauert das geringe Interesse, das von seiten der Bevölkerung dem nationalen Rummel entgegengebracht worden ist. — Wir hoffen, daß das Interesse beim großen Aufräumen durch die Arbeiter größer sein wird.

Dittersbach stadt. Eine öffentliche Versammlung findet am Sonnabend, 1. November, abends 8 Uhr, im Gasthof zum Raben statt. Redner: Genosse Rönig-Breslau. Thema: Unter der Klassenpeitsche der Dollarhölzer. Arbeiter kommt in die Versammlung und hört die Wahrheit. Sorgt für Massenbesuch. Das wir euch stets die Wahrheit zeigen, habt ihr ja selbst bestätigt, indem ihr unsere Artikel in der „Arbeiterzeitung“ für gut befunden und selbst auslegt. „Ja die Zeitung schreibt die Wahrheit.“ — Auch stellen wir noch fest, daß Mischka (vielleicht noch Vorhänger der teutschen Turnerschaft heute bei seiner Familie weilt, später aber hinter die Mauern kriechen muß, da er zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt worden ist. Bleib hat doch stets das beste für die teutsche Turnerschaft und stets das schlechte für die Freie Turnerschaft gewollt.

Kommune, jetzt waren ihnen nur die Namen geblieben. Der jüngste war der zwölfjährige Knabe gewesen, den die Pariskiller abgefangen hatten und der sie gebeten hatte, erst der Mutter die Uhr abgeben zu dürfen und danach zurückgekehrt war, um von ihnen unter irgendeiner Mauer erschossen zu werden.

Für die beiden Alten war ich der sechste Bruder ihrer fünf jungen Söhne, wie die Alte sagte, mich hatte ihnen die Kommune zum Sohne gegeben.

Ich verließ Paris und fuhr nach Zürich.

Zu meinem Entsetzen fand ich das Leben so alltäglich sorglos und gleichgültig, als wenn diese Ströme des edelsten Blutes überhaupt nicht vergossen wären. Auf dem Riesengrab wuchs eine widerliche, gesunde Mittelmäßigkeit. Wieder mußten die Menschen nichts davon, daß die Finzen ihrer Aktien und Kapitale nicht bezahltes Geld sind. Sie begnügten sich mit dem Bewußtsein, ein Leben ohne große Verbrechen, ohne blutige Unterdrückung zu führen. Sie deuteten wieder aus, versteigerten, handelten, verurteilten Verbrechen und schufen Gesetze, um dieser einseitigen Mittelmäßigkeit eine Fortdauer zu garantieren. Ich sah die liebe europäische Gesellschaft wieder, in der alle Bezirke schon längst ihre wesentliche Bedeutung verloren haben.

Ich traf Nischajeff. Er war furchtlich niedergeschlagen, mit Batunin mußte er eine bittere Auseinandersetzung gehabt haben, denn er erwähnte ihn ungern. Beschäftigungslos war er unerträglich. Er meinte, daß ich innerlich irgend etwas nicht verwinden konnte.

Eines Tages im Cafe fragte er mich, ob ich mehr die Kommune oder meine Kaiserin bewerte. Ich fuhr auf und wir gingen auseinander.

Es verging kaum eine Woche und ich erfuhr von Martynoff, Nischajeff sei verhaftet und solle ausgeliefert werden.

Der Prozeß begann sofort. Das Gericht hatte zu entscheiden, ob Nischajeff ein politischer Verbrecher wäre oder ein Kriminalverbrecher. Vergebens versuchten wir eine Menge Beweise aufzubringen für den politischen Charakter seiner Tätigkeit. Schon einige Tage vor dem Termin erfuhren wir, daß das Urteil für ihn ungünstig ausfallen würde.

Es war unglücklich. Dieselben Leute, die sich mit den von ihren Vätern ererbten Freiheiten brüsteten, dieselben liberalen Rechtsanwälte und Redaktoren, die den russischen Zarismus als Gefahr für den europäischen Liberalismus be-

zeichneten, die sich über die Barbarei desselben entsetzten, dieselben Leute ließen leichtfertig und folgten einem Menschen in die Klauen dieser Bestie, ohne daran zu denken, daß sie gemeine Hyänendienste leisteten.

„Du wunderst dich?“ sagt Bolchowski. „Du hast gesehen, wie man eine ganze Stadt gemordet hat, und wunderst dich, daß man hier einen Menschen opfert? Mein Lieber! Wer um die Rechte des Arbeiters kämpft, bedroht die Existenz aller, die von seiner Arbeit leben. Hier wird um keine Idee, sondern um die Existenz gekämpft. Die Geistesfreiheit, die Verwaltung, diese ganze gefährliche Maschine der Regierung ist jederzeit bereit, einen Sozialdemokraten zu töten und ganz besonders einen Revolutionär, der sich nicht damit begnügt, seine Ideen in Büchern niederzulegen.“

Im Einverständnis mit einer Schar Schweizer Arbeiter beschlossen wir, Nischajeff zu befreien. Die Arbeiter meinten, sie müßten die Schande höherer gutmachen.

Alles war gut verabredet worden.

Am angegebenen Tage war ich vor dem Gerichtsgebäude, um in einer Mitessdrocke hinter dem Wagen herzufahren, in dem man Nischajeff transportieren sollte. An einer bestimmten Stelle sollten unsere Genossen den Wagen überfallen und Nischajeff mit Gewalt befreien.

Der Wagen fuhr ab, ich hinterdrein. Mit Schreden sehe ich, daß wir die verabredete Stelle schon passiert haben. Von unsern Schweizer Genossen war keiner zur Stelle, ich sah nur Bolchowski und zwei oder drei andere Russen. Ich sprang aus der Droschke.

„Was ist denn los?“

„Sie sind nicht gekommen.“

Während ergriff ich einen Stein und warf nach dem Wagen. Die Fensterscheibe zerbrach. Mitten, es erfolgte ein mir irgendwie bekanntes Geräusch. „Plus vite, plus vite!“ rief eine Stimme.

An der nächsten Straßenecke erschien eine Polizeipatrouille.

Wir entfernten uns mit der schmerzlichen Gemüthsheit, daß es der Rache des Zaren gelungen war, aus unserm Mitte, aus dem freien Europa heraus, einen Menschen zu reißen. An einer anderen Straßenecke trafen wir unsere Schweizer Genossen, welche uns während anblickten.

(Fortsetzung folgt.)

